

# STUDIERENDENSCHAFT

## JUSTUS-LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

### STUDIERENDENPARLAMENT

Ausführliches Protokoll der 7. Sitzung des 61. Studierendenparlaments vom 11.05.2023.

#### ***TOP 1) Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit***

Es sind 20 Parlamentarier\*innen anwesend, damit ist eine Beschlussfähigkeit gegeben.  
Teilnehmer:innenliste der 7. Sitzung vom Beginn 18:15 Uhr:

UniGrün	Clemens Berger (ab 18:40) Marius Braun Mira Gerber* Maximilian Voigt Alice Volpe Habib Yasar (ab 18 :35) Fabian Braun
Links-Grün-Versiffte Liste SDS	Ksenia Mehovic Annchristin Paetzold Michael Siebert* Maxim Walter Kristin Hügelschäfer
Jusos	Frederik Lange Nathalie Maurer Bekir Yilan Patrick-Sebastian Muntean Vanessa Wagner (ab 18:35)
Liberale Hochschulgruppe - LHG	Ilija Scherer Luca Sesterhenn Daniel Klassen David Geßner
RCDS - StudentenUnion	Paul Glasbrenner (ab 18:30)
Christen für Gießen	Selina Höhl

\* Präsidiumsmitglieder

## ***TOP 2) Genehmigung der Tagesordnung***

Mira Gerber (UG)

Legt dem Parlament folgende Tagesordnung (TO) vor

Tagesordnung

1. Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Mitteilungen des Präsidiums
4. Genehmigung des Protokolls 6. Sitzung der 61. Legislatur
5. Studierendensprechstunde
6. Anträge (s. Anhang)
7. Wahlen zum AStA
8. Fragebogen der autonomen Referate
9. Dokumentation - Update
10. Fragen an aktuelle und ehemalige Amtsträger:innen
11. Mitteilungen studentischer Amtsträger:innen
12. Verschiedenes

**Abstimmung über die Tagesordnung:**

**17 Ja, 1 Enthaltung, 0 Nein, damit angenommen.**

## ***TOP 3) Mitteilungen des Präsidiums***

Mira Gerber (UG)

Gibt den Rücktritt von Severin Haase aus dem Ökologiereferat zum 04.05.2023 bekannt.

Weist auf noch ausstehende Rechenschaftsberichte hin. Die von bereits zurückgetreten Referent\*innen seien auf der Website hochgeladen. Die der aktuellen AStA-Referent\*innen mögen bitte bis zur bzw. in der nächsten Sitzung schriftlich oder mündlich eingereicht werden.

## ***TOP 4) Genehmigung des Protokolls der 6. Sitzung der 61. Legislatur***

Selina Höhl (CfG)

Erklärt das Hannah Sorger (CfG) in der 6. Sitzung des StuPa nicht als Parlamentarierin für die Christen für Gießen gesetzt gewesen sei, was im Protokoll der Sitzung jedoch so festgehalten worden wäre. Äußert zudem den Wunsch Protokolle wie das der 5. Sitzung des StuPa künftig in ausführlichem Wortlaut zu führen, um Debatten nachvollziehbar zu machen.

Mira Gerber (UG)

Räumt ein, dass innerhalb des Präsidiums unterschiedliche Vorstellungen über den ausreichenden Umfang des Protokolls bestünden. Schlägt vor zum künftigen Umfang des Protokolls ein Stimmungsbild der Anwesenden Parlamentarier:innen zu erheben und diese Fragestellung ggf. vom Satzungsänderungsausschuss (SÄA) im Rahmen der Novellierung der Satzung der Studierendenschaft bearbeiten zu lassen.

**Stimmungsbild bzgl. ausführlicherer Protokolle (im Wortlaut):**

**11 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen**

Nathalie Maurer (Jusos)

Stellt die Möglichkeit in den Raum, dass auch Tonaufnahmen von Sitzungen angefertigt und bei der Erstellung von Protokollen genutzt werden könnten, was vom SÄA berücksichtigt werden sollte.

Ksenia Mehovic (SDS)

Merkt an, dass der Stream der Sitzung nun gestartet wurde.

### **Abstimmung über das Protokoll der 6. Sitzung der 61. Legislatur:**

**16 Ja, 3 Enthaltungen, 0 Nein damit angenommen.**

### ***TOP 5) Studierendensprechstunde***

Es sind keine Studierenden mit einem Anliegen anwesend.

### ***TOP 6) Anträge***

(Antragstexte s. Anhang)

#### **Antrag: Arbeits- und Teambuilding-Fahrt des Medinetz Gießen e.V.**

Studierende von „Medinetz Gießen e.V.“

Bringen den Antrag ein.

Ilija Scherer (LHG)

Fragt aus welchem Topf die Initiative Medinetz finanziert werden würde. Die Anwesenden Mitglieder hätten sich als Initiative der Fachschaft Medizin vorgestellt, was eine Finanzierung über Fachschaftsmittel bedeuten würde. Im Antrag sei allerdings nun von Medinetz als eingetragenen Verein die Rede.

Studierende von „Medinetz Gießen e.V.“

Erklären, dass sie keine regelmäßigen Zahlungen von der Fachschaft bzw. aus deren Budget erhalten würden. Die Umwandlung in einen eigenen Verein sei zu Beginn des Jahres wegen des großen Wachstums der Initiative erfolgt.

Nathalie Maurer (Jusos)

Bedankt sich bei den Mitgliedern der Initiative für ihr Kommen und weist auf eine bald stattfindende Veranstaltung von Medinetz e.V. hin.

Ilija Scherer (LHG)

Weist darauf hin, dass das in der Kostenaufstellung der Jugendherberge erwähnte Stockbrot als Lebensmittel zu deklarieren und damit nicht förderungsfähig sei.

Maxim Walter (SDS)

Erklärt in Hinblick auf bisherige Förderanträge sei dies ein nachrangiges Problem und man könnte das Problem ggf. über Vereinbarungen mit der Jugendherberge lösen. Daran solle der Antrag aber nicht scheitern.

### **Abstimmung über den Antrag „Arbeits- und Teambuilding-Fahrt des Medinetz Gießen e.V.“:**

**18 Ja, 2 Enthaltungen, 0 Nein, damit angenommen.**

---

## **Antrag: Gemeinsame Resolution des AStA und StuPa zum Hilfskräfтеріат der Justus-Liebig-Universität Gießen**

Tobias Hoffman (Autonomes Hilfskräfтеріат, AHKR)  
Stellt den Resolutionstext vor und fasst zentrale Punkte zusammen.

Ilija Scherer (LHG)  
Fragt vor dem Hintergrund der bald offenbar anstehenden personellen Veränderungen des Präsidiums der JLU wie die Antragsteller:innen die Erfolgchancen der Resolution bewerten.

Tobias Hoffman (AHKR)  
Bestätigt, dass dies bereits bedacht worden sei, jedoch würde die Resolution im Idealfall bereits in der nächsten Senatssitzung besprochen werden. Ein positives Votum des Studierendenparlamentes würde es in jedem Fall ermöglichen die Resolution bei künftigen Debatten in der Hinterhand zu haben.

Nathalie Maurer (Jusos)  
Bedankt sich bei den Mitgliedern des AHKR für ihre Arbeit an der Resolution und im Referat selbst.

### **Abstimmung über den Antrag „Gemeinsame Resolution des AStA und StuPa zum Hilfskräfтеріат der Justus-Liebig-Universität Gießen“:**

**19 Ja, 3 Enthaltungen, 1 Nein, damit angenommen.**

---

## **Antrag: Fachschaftsklausurtagung in Schenklingfeld (Fachschaft PRIM)**

Ilija Scherer (LHG)  
Bringt den Antrag ein.

### **Abstimmung über den Antrag „Fachschaftsklausurtagung in Schenklingfeld“:**

**23 Ja, 0 Enthaltungen, 0 Nein, damit angenommen.**

---

## **Antrag zur Übernahme des Ergänzungsvertrags des RMV**

Maximilian Voigt (UG)  
Bringt den Antrag ein und begründet die Dringlichkeit. Die Behandlung in der heutigen Sitzung sei notwendig, um in Bälde wieder mit den Verkehrsbetrieben in Kontakt zu treten. Andernfalls würde sich die Etablierung der Neuregelungen hinsichtlich des Semestertickets verzögern.

### **Abstimmung über die Dringlichkeit:**

**23 Ja, 0 Enthaltungen, 0 Nein, damit ist die Dringlichkeit bestätigt.**

Nathalie Maurer (Jusos)  
Fragt wie sich der veranschlagte Zusatzbetrag für das Upgrade auf ein Deutschlandticket zusammensetzen würde.

Maximilian Voigt (UG)  
Erläutert wie sich der Betrag rechnerisch zusammensetzen würde und erklärt, dass das weitere Vorgehen in der Landesweiten-Asten-Konferenz (LAK) besprochen werden würde.

Selina Höhl (CfG)

Bedankt bei den Referenten<sup>1</sup> des Verkehrsreferates für die Bearbeitung dieses Themas.

Patrick-Sebastian Muntean (Jusos)

Fragt ob bei Kauf eines regulären 49-Euro-Tickets die Möglichkeit einer Rückerstattung des Upgrades bestünde, um die Differenz zum Upgrade-Preis des Semestertickets auszugleichen.

Maximilian Voigt (UG)

Erklärt, dass das aktuelle Semesterticket weiterhin eine attraktive Alternative sei. Die Finanzierungform als Solidarmodell würde bestehen bleiben.

Michail Sowwa (UG)

Weist darauf hin, dass das Upgrade jederzeit kündbar sei. Hierbei sei das Upgrade eine günstige Alternative für Studierende, welche es nur zeitlich begrenzt nutzen würden.

Ilija Scherer (LHG)

Gibt zu bedenken, dass viele Studierende, etwa die aus dem Raum Siegen gezwungen seien ein Upgrade als Verkehrsverbund-überschreitendes Ticket dauerhaft zu nutzen.

**Abstimmung über den Antrag „Antrag zur Übernahme des Ergänzungsvertrags des RMV“:**

**23 Ja, 0 Enthaltungen, 0 Nein, damit angenommen.**

---

### **Eilantrag zu Listenbudgets für den Wahlkampf des Studierendenparlaments**

Winnie Rottenbacher (Wahlausschuss)

Bringt Antrag ein und begründet dessen Dringlichkeit. Da die Wahlen zur 62. Legislatur in Bälde beginnen würden, müsse der Antrag in dieser Sitzung behandelt werden.

**Abstimmung über die Dringlichkeit:**

**23 Ja, 0 Enthaltungen, 0 Nein, damit ist die Dringlichkeit bestätigt.**

Selina Höhl (CfG)

Fragt, ob die Erstattungsthematik noch unklar sei, da diese bereits in der Vergangenheit geklärt worden wäre.

Winnie Rottenbacher (Wahlausschuss)

Erklärt das dies korrekt sei, der besagte Passus im Antragstext sei fehlerhaft.

**Abstimmung über den „Eilantrag zu Listenbudgets für den Wahlkampf des Studierendenparlaments“:**

**22 Ja, 1 Enthaltungen, 0 Nein, damit angenommen**

---

### **Antrag auf Finanzielle Förderung des Projekts „Hochschultage“**

Jonathan Baral und Lilien Jakob (Orga-Team HST2023)

Bringen den Antrag ein.

---

<sup>1</sup> Anm. des Protokollanten: Verzicht auf gegenderte Form im Protokoll nach explizitem Wunsch der Rednerin

Vanessa Wagner (Jusos)

Fragt welches Programm auf den HST2023 angeboten wird, welche Referent:innen eingeladen sollten und wo die Veranstaltungen stattfinden sollen.

Jonathan Baral und Lilien Jakob (Orga-Team HST2023)

Erläutern das Programm, insbesondere christliche Inhalte sollen thematisiert werden. Als Veranstaltungsort solle u.a. die Teppichmensa (OBS) genutzt werden.

Daniel Klassen (LHG)

Fragt nach welchen Kriterien Referent:innen ausgewählt wurden.

Jonathan Baral und Lilien Jakob (Orga-Team HST2023)

Erklären man habe u.a. an einem Kurs des „Pontes Institut für Wissenschaft, Kultur und Glaube e.V.“ teilgenommen von welchem einige Referent:innen gesandt würden. Als deutschlandweit agierende Gruppe würde die SMD zudem auch weitere Referent:innen empfehlen.

Kristin Hügelschäfer (SDS)

Erklärt sich gegen Antrag auszusprechen, insbesondere da die Uni als säkularer Raum geschützt werden müsse.

Alice Volpe (UG)

Fragt nach den Namen der Referent:innen.

Jonathan Baral und Lilien Jakob (Orga-Team HST2023)

Nennen die Namen einzelner Referent:innen.

Selina Höhl (CfG)

Dankt den Antragstellern<sup>2</sup> für den Antrag. Erklärt das an der JLU auch Theologie studiert werden könne. Daher bestünde kein Widerspruch zu christlichen Veranstaltungen an der Universität und ihrem Status als säkularer Institution.

Paul Glasbrenner (RCDS)

Erklärt über den AStA seien in der Vergangenheit vermehrt linke Veranstaltungen gefördert worden. Nun könne daher auch ein Projekt zum Thema Glauben angegangen werden.

Fabian Braun (UG)

Warnt davor die Themenkomplexe Linke Weltanschauung und christlicher Glaube im Diskurs zu vermengen.

Patrick-Sebastian Muntean (Jusos)

Bittet um eine Vorstellung des SMD als Initiative und ihre Stellung zum Pontes Institut.

Jonathan Baral und Lilien Jakob (Orga-Team HST2023)

Schildern die SMD als christliche Studierendenorganisation mit bundesweiter Tätigkeit. Campus connect sei eine Initiative mit ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung. Das Pontes Institut sei eine Einrichtung die selbstständig bestünde aber die Werten des SMD teilen würde.

Bekir Yilan (Jusos)

Verweist auf die Verwicklung des Pontes Instituts bzw. der Dachorganisation DZIM in einen Missbrauchsskandal.

Clemens Berger (UG)

Fragt, ob auf den Hochschultagen nur christliche Themen behandelt werden sollten.

Jonathan Baral und Lilien Jakob (Orga-Team HST2023)

Bestätigen das eher nur christliche Themen eine Rolle spielen würden.

---

<sup>2</sup> Anm. des Protokollanten: Verzicht auf gegenderte Form im Protokoll nach explizitem Wunsch der Rednerin

## **Abstimmung über den „Antrag auf Finanzielle Förderung des Projekts „Hochschultage“:**

**6 Ja, 10 Enthaltungen, 6 Nein, damit abgelehnt**

---

### **Verurteilung und Distanzierung von den Äußerungen von Jan-Lukas Gescher auf Twitter**

Maximilian Voigt (UG)  
Bringt den Antrag ein.

Luca Sesterhenn (LHG)  
Erklärt das Thema sei nicht hochschulpolitisch. Jan-Lukas Gescher sei als Mitglied des Ältestenrates des Studierendenparlamentes nicht der Satzung der Studierendenschaft geschweige denn zur Neutralität verpflichtet. Über den Wortlaut seiner Äußerungen könne gestritten werden. Die LHG Gießen würde jedoch keine Verantwortung für seine Twitter-Posts übernehmen. Möchte Rederecht für Jan-Lukas Gescher beantragen.

Mira Gerber (UG)  
Erklärt, dass die Vergabe von Rederecht an Gäst:innen bisher gewohnheitsrechtlich erfolgt sei, aber jeder Grundlage in der Satzung der Studierendenschaft entbehren würde. Sie sei jedoch der Meinung, dass das Rederecht im Zweifelsfall eher offener geregelt werden solle, um allen Anwesenden das Recht einzuräumen sich zu äußern. Zudem ginge es in der Debatte explizit um Jan-Lukas Gescher, weshalb dieser ohnehin das Recht haben müsse zu sprechen. Daher würde sie ihm ohne vorherige Abstimmung das Rederecht erteilen.

Paul Glasbrenner (RCDS)  
Rätselt warum das Rederecht nicht gelten solle. Es bestünde weiterhin Meinungsfreiheit und der Gegenstand der Diskussion sei „affig“.

Mira Gerber (UG)  
Erläutert zur Klärung erneut ihre ausdrückliche Absicht Jan-Lukas Gescher das Rederecht zu erteilen. Erteilt eine Verwarnung an Paul Glasbrenner (RCDS) für seine vorherige Äußerung.

Nathalie Maurer (Jusos)  
Erklärt die Juso HSG sei wie nun auch UniGrün bereits auf social-media Plattformen kritisiert worden. Der Beschluss einer derartigen Resolution sei jedoch auch in der Vergangenheit keine Option gewesen. Verweist auf Debatte über unangemessene Flyer i.R. der Wahlen zur 61. Legislatur.

Alice Volpe (UG)  
Möchte erneute Debatte über jene Flyer vermeiden, will keine Wiederholung des Disputs. Hebt hervor dass auf körperliche Merkmale abzielende Beleidigungen inakzeptabel seien.

Mira Gerber (UG)  
Erteilt den 1. Ordnungsruf an Paul Glasbrenner (RCDS) wegen Störens.

Jan-Lukas Gescher (Ältestenrat)  
Erinnert die Anwesenden an die vergangene Flyer-Debatte. Flyer seien im Wahlkampf verteilt worden und hätten gezielt Listen diffamiert. Mit social-media Aktionen sei dies nicht vergleichbar. Es habe schon Meme-Accounts gegeben, die sich gegenüber anderen Listen negativ geäußert hätten. Er freue sich über die ihm nun zuteilwerdende Aufmerksamkeit und nennt Details über die Veränderungen der Follower:innenschaft seines Twitteraccounts. Der SDS habe in diesem Zusammenhang offenbar mehr Humor als UniGrün gehabt. Betrachtet Gegenstand und Ziel der Debatte als nicht ernsthaft. Die Debatte über seinen Tweet sei nur ein Vorwand, um ihn aus dem Ältestenrat abzurufen. Eine Neubesetzung des Ältestenrates würde jedoch

ohnehin ohne Folgen bleiben, da mögliche Nachfolger:innen dieselbe politische Linie wie er verfolgen würden. Er besäße im Ältestenrat ohnehin kein Neutralitätsgebot.

Mira Gerber (UG)

Bittet Jan-Lukas Gescher in Hinblick auf die Dauer seines Redebeitrages zum Ende zu kommen.

Jan-Lukas Gescher (Ältestenrat)

Fasst die zuvor genannten Punkte zusammen. Fragt sich Welches Signal durch den vorliegenden Antrag gesendet werden soll.

Ksenia Mehovic (SDS)

Merkt an das i.R. der Debatte Parlamentarier:innen und AStA-referent:innen nicht verwechselt werden sollten.

Mira Gerber (UG)

Verwarnt Jan-Lucas Gescher für Zwischenrufe.

Ksenia Mehovic (SDS)

Merkt zahlreiche Angriffe ggü. dem SDS als linker Gruppe an. Der SDS würde aufgrund bereits etablierter Routine damit meist gelassener umgehen. Die Jusos und die LHG hätten sich im Rahmen der Flyeraktion im vergangenen Sommer miteinander solidarisiert. Das dies nun nicht mit UniGrün geschehe sei schade, da nun eine Person gezielt Schuld tragen würde. Merkt an, dass für den Ältestenrat formal zwar kein Neutralitätsgebot gelte, aber dennoch ein professionelles Verhalten seiner Mitglieder zu erwarten sei.

Frederik Lange (Jusos)

Äußert sich erneut zur Flyerdebatte. Er täte sich nun mit einer Solidarisierung schwer, da Mitglieder von SDS und UniGrün in der Vergangenheit Beiträge geliked und Aktionen zumindest geduldet hätten, die die Jusos diffamierten. Man solle sich eher mal allgemein zusammensetzen und über den Umgang im StuPa sprechen. Das sei bereits Ergebnis der Flyerdebatte gewesen, aber nie passiert. Konflikte wie diesen könne man sonst auch untereinander lösen. Der Anspruch auf Solidarisierung müsse grundsätzlich für alle gelten. Fragt in Richtung anwesender UniGrün-Vertreter:innen, wieso eine Solidarisierung in der Flyerdebatte nicht möglich war.

Nathalie Maurer (Jusos)

Möchte die Debatte über Flyer nicht erneut eröffnen, geht jedoch auf die damaligen Vorkommnisse aus ihrer Sicht ein. Jan-Lukas Gescher würde öfter über die Stränge schlagen. Sie solidarisiere sich persönlich mit der Forderung von UniGrün, regt aber statt dem vorliegendem Antrag eine allgemeinere Klärung des angestrebten respektvollen Miteinanders an.

Ilija Scherer (LHG)

Zitiert bereits Veröffentlichte Tweets von Jan-Lukas Gescher und sieht sie als zynische Anmerkungen bzgl. der Hochschulpolitik auch außerhalb von Gießen. Fragt, ob diese Eskalationsstufe erreicht werden müsse und warum man Jan-Lukas Gescher nicht zuvor persönlich angesprochen hätte.

Alice Volpe (UG)

Plädiert für weniger Hass im Studierendenparlament. Nennt für sie erneut problematische Punkte der veröffentlichten Tweets. Die Reichweite sei in diesem Fall irrelevant für die schwere des aus ihrer Sicht beleidigenden Verhaltens.

Maximilian Voigt (UG)

Erklärt das Beleidigungen inakzeptabel seien. Fordert die anwesenden Mitglieder der LHG auf eine Zurücknahme der diskutierten Tweets zu erwirken.

Patrick-Sebastian Muntean (Jusos)

Will die Flyerdebatte ebenfalls nicht noch einmal aufrollen. Hätte sich jedoch damals auch Solidarität mit der Jusos HSG gewünscht und drückt Verständnis ggü. UniGrün für ihren Unmut aus. Regt allgemeine Reflexion des Verhaltens alle Parlamentarier:innen an. Weist die LHG darauf hin, dass Jan-Lukas Gescher sie



repräsentieren würde und fragt, ob eine derartige Außenwirkung für sie akzeptabel sei. Möchte, dass die LHG den Antrag als Apell versteht.

Kristin Hügelschäfer (SDS)

Drückt Solidarität mit UniGrün aus. Stimmt dem allgemeinen Eindruck über einen unsolidarischen Umgang miteinander zu. Erklärt UniGrün stünde es zu sich zu beschweren. Fragt zudem, warum man keine Debatte aufwärmen wolle, dann aber quasi die Folgen der Flyeraktion gegen die aktuelle Situation aufwiegen würde.

Paul Glasbrenner (RCDS)

Erklärt die Meinungsfreiheit sei durch die diskutierten Tweets nicht überschritten worden. Der RCDS sei im Rahmen jener Äußerungen auch beleidigt worden, habe aber mit Humor reagiert.

Fabian Braun (UG)

Erkennt keine wirkliche Diskussion und bedauert, dass es kein Entgegenkommen gab. Sieht Messung mit Zweierlei Maß und betrachtet eine Debatte über die Meinungsfreiheit als nicht zweckmäßig bzw. an dieser Stelle fehl am Platz. Bedauert, dass es keine Entschuldigung o.ä. gab.

Alice Volpe (UG)

Hat ihrem Vorredner wenig hinzuzufügen. Weist auf die soziale Konvention einer Entschuldigung hin.

Mira Gerber (UG)

Spricht ggü. Paul Glasbrenner (RCDS) eine letzte Verwarnung wegen Zwischenrufen aus.

Jan-Lukas Gescher (Ältestenrat)

Stellt die mögliche Löschung der diskutierten Tweets in Aussicht. Entschuldigt sich bei UniGrün, er habe nicht die Absicht gehabt gezielt Individuen zu beleidigen.

Daniel Klassen (LHG)

Erklärt der Diskussion würde der rote Faden fehlen. Es gäbe wie bereits erwähnt auch Memeseiten, die sich politisch auch klar positionieren würden. Nennt Debattenklima „heuchlerisch“ und regt zu mehr Resilienz an, Zynismus gehöre schließlich zum politischen Diskurs.

Alice Volpe (UG)

**Stellt einen Antrag an die Geschäftsordnung (GO-Antrag):  
Nach der Debatte solle eine Pause eingelegt werden.**

Mira Gerber (UG)

Erklärt, dass hierzu kein GO-Antrag notwendig sei und ohnehin eine Pause nach dem Ende des TO-Punktes „Anträge“ angedacht gewesen wäre. Schlägt in diesem Zusammenhang den Schluss der Redner:innenliste vor.

Clemens Berger (UG)

Regt ebenfalls einen besseren zwischenmenschlichen Umgang an. Zieht vor dem Hintergrund der erfolgten Entschuldigung den vorliegenden Antrag zurück und lädt die Listen zu einem produktiveren Austausch ein.

Frederik Lange (Jusos)

Stimmt Clemens Berger (UG) zu und gibt an künftig auch lieber politisch als persönlich streiten zu wollen.

Maximilian Voigt (UG)

Bedankt sich für die Entschuldigung. Dankt ebenfalls allen Redner:innen für ihre Beteiligung an der Debatte.

Annchristin Paetzold (SDS)

Fragt warum für einige Anwesende eine fehlende Solidarisierung ihnen ggü. in der Vergangenheit nun zwangsläufig dazu führen müsse sich jetzt im Gegenzug nicht mit Betroffenen zu solidarisieren.

***-Mira Gerber (UG, Präsidentin des Studierendenparlamentes) überträgt die Redeleitung des TO-Punktes an Michael Siebert (SDS, 1. Vizepräsident des Studierendenparlamentes), um sich ebenfalls zur Sache zu äußern.-***

Mira Gerber (UG)

Begrüßt den deeskalativen Ausgang der Debatte, bedankt sich ebenfalls für die Entschuldigung. Weist zudem auf inakzeptable, sexualisierte Äußerungen Jan-Lukas Geschers in der Vergangenheit im E-Mail-Verkehr gegenüber dem weiblich geführten Präsidium hin.

Michael Siebert (SDS)

Übergibt die Leitung des TO-Punktes zurück an Mira Gerber (UG).

**(keine Abstimmung, da Antrag zurückgezogen)**

***-Pause bis 20:10 Uhr-***

## ***TOP 7) Wahlen zum AStA***

Melissa Pfeiffer

Stellt sich für eine Stelle im Finanzreferat mit Umfang von 0,25 Stellen zur Wahl.

Ilija Scherer (LHG)

Fragt, ob sie sich einer hochschulpolitischen Liste zugehörig fühlen würde.

Melissa Pfeiffer

Verneint dies.

Selina Höhl (CfG)

Erkundigt sich, ob Melissa Pfeiffer Erfahrungen im Bereich Finanzen hätte.

Melissa Pfeiffer

Gibt an keine expliziten Erfahrungen zu haben, sich allerdings sehr für diese Thematik zu interessieren.

Vanessa Wagner (Jusos)

Fragt wie sie auf diese Stelle aufmerksam geworden sei.

Melissa Pfeiffer

Erklärt sie habe über Michaela Schmelzer von der Möglichkeit erfahren sich im Finanzreferat des AStA zu engagieren.

**Wahl Melissa Pfeiffer für das Finanzreferat mit 0,25 Stelle:**

**1. Wahlgang: 17 Ja, 3 Enthaltungen, 2 Nein, damit gewählt**

Mira Gerber (UG)

Fragt Melissa Pfeiffer ob sie die Wahl annehmen würde.

Melissa Pfeiffer

Nimmt die Wahl an.

---

Sina Thaler

Stellt sich in Abwesenheit für eine Stelle im Ökologiereferat mit Umfang von 0,25 zur Wahl.

Mira Gerber (UG)

Liest Sina Thalers vorab eingereichte Vorstellung vor.

### **Wahl Sina Thaler für das Ökologiereferat mit 0,25 Stelle:**

**1. Wahlgang: 14 Ja, 3 Enthaltungen, 6 Nein, damit Überweisung in den 2. Wahlgang**

**2. Wahlgang: 14 Ja, 3 Enthaltungen, 6 Nein, damit Überweisung in den 3. Wahlgang**

**3. Wahlgang: 14 Ja, 2 Enthaltungen, 7 Nein, damit gewählt**

Mira Gerber (UG)

Wird Sina Thaler über das Ergebnis der Wahl in Kenntnis setzen.

-Nachtrag-

Sina Thaler

Nimmt die Wahl an.

### ***TOP 8) Fragebogen der autonomen Referate***

(Anm.: Die eingereichten Antworten einzelner Listen auf den Fragebogen der Autonomen Referate des AStA wurden bereits vom Präsidium des Studierendenparlamentes an die Autonomen Referate weitergeleitet)

Tobias Hoffman (AHKR)

Erklärt, dass die anwesenden Referent:innen des AHKR nur die Position ihres Referates zu den eingereichten Antworten wiedergeben könnten. Stellt Möglichkeit in den Raum den TO-Punkt zu vertagen, sodass weitere Referent:innen zu Wort kommen können.

Ilija Scherer (LHG)

Spricht sich für eine Vertagung aus.

Mira Gerber (UG)

Schlägt vor hierzu ein Stimmungsbild zu erheben.

### **Stimmungsbild bzgl. der Vertagung des TO-Punktes „Fragebogen der autonomen Referate“:**

**16 Ja, 5 Enthaltungen, 1 Nein**

Mira Gerber (UG)

Erklärt, dass der TO-Punkt auf die nächste Sitzung des Studierendenparlamentes vertagt werden würde.

Tobias Hoffman (AHKR)

Lädt alle Listen ein den Fragebogen zu beantworten falls noch nicht geschehen.

## ***TOP 9) Dokumentation – Update***

Alice Volpe (UG)

Erläutert die Zielsetzung des Projektes als Einblick in die Hochschulpolitik und Möglichkeit Außenstehende für ein Engagement zu begeistern. Eine juristische Beratung sei erfolgt, um sich für Dreharbeiten während einer Parlamentsitzung abzusichern. Die Genehmigung jeder/jedes einzelnen gefilmt zu werden sei notwendig, um im Studierendenparlament zu drehen. Eine entsprechende Einverständniserklärung werde vorbereitet. Der Dreh würde rechtzeitig im Vorfeld angekündigt werden. Wer nichts einsenden oder Aufnahmen von sich ablehnen würde, würde nicht gefilmt oder ggf. in der Nachbearbeitung entfernt werden. Gefilmt würde nur im StuPa-Sitzungssaal. Aufnahmen außerhalb der Sitzung würden nur auf ausdrücklichen Wunsch der Beteiligten bzw. Listen gemacht werden.

Frederik Lange (Jusos)

Fragt welche AStA-Referent:innen an diesem Projekt beteiligt seien.

Alice Volpe (UG)

Nennt als beteiligtes Team sich selbst, Sami Soda, Melina Blankenburg und Sebastian Weismann.

Selina Höhl (CfG)

Fragt, ob es sich hierbei um eine Wahlkampfaktion handeln würde.

Alice Volpe (UG)

Erklärt, dass die Dokumentation nicht im diesjährigen Wahlkampf genutzt werden solle. Jedoch könne sie im nächsten Jahr im Rahmen überparteilicher Veranstaltungen wie etwa Podiumsdiskussionen Verwendung finden. Das Projekt solle vor allem einen allgemeinen Einblick geben.

Maximilian Voigt (UG)

Ergänzt, dass die Dokumentation weniger als Wahlkampf- sondern vielmehr als Infomaterial dienen solle, ohne politische Konnotation.

Selina Höhl (CfG)

Fragt nach der voraussichtlichen Dauer des Projektes, sieht eine Fassung als längeren Filmbeitrag eher kritisch.

Alice Volpe (UG)

Erklärt, dass der Umfang noch nicht absehbar sei, da die aufkommende Menge an Material und die Dauer von Schnitt und Nachbearbeitung noch unbekannt seien.

Ksenia Mehovic (SDS)

Merkt an, dass die Nutzung einzelner, kürzerer Ausschnitte, etwa für Reels, ein längeres Projekt nicht ausschließen würde. Es bestehe sicherlich Interesse an einem Einblick in die Hochschulpolitik, worauf etwa der Traffic der AStA-Website und das hohe Interesse an Sitzungsprotokollen hindeuten würden.

Nathalie Maurer (Jusos)

Stellt die Möglichkeit in den Raum Mitglieder aller Listen an der Produktion zu beteiligen.

Alice Volpe (UG)

Erklärt den Vorschlag im Produktionsteam einzubringen.

Nathalie Maurer (Jusos)

Erklärt, dass dies auch i. R. der heutigen Debatte ein guter Schritt sein könnte.

## ***TOP 10) Mitteilungen studentischer Amtsträger:innen***

Clemens Berger (UG)

Erklärt, dass die Studierendenumfrage zu einer potenziellen Kinoflatrate nun vorbei sei:

Mainstream- und Independentproduktionen würden vor allem Anklang finden. Daher sei ein Fokus auf Kinos mit reinem Independentprogramm weniger sinnvoll. Insgesamt hätten 12,3% aller Studierenden teilgenommen. Vor allem würden Kinopolis und Kinocenter besucht werden. Die Option „Ein besuch pro Monat, bei 5,- pro Semester“ würde favorisiert werden. Die Umfrage würde einen Trend eines Anstiegs der Kinobesuche nach Einführung der Flatrate nahelegen; diese sei daher sinnvoll. Weiterhin würde die Theaterflatrate allgemein leider sehr selten genutzt.

Nathalie Maurer (Jusos)

Begrüßt die Initiative, mit der dieses Projekt angegangen würde.

Clemens Berger (UG)

Erklärt zudem, dass die Kinoveranstalter andere eher weniger attraktive Ideen präsentiert hätten. Ein Austausch bestünde weiterhin, nächste Woche würde ein meeting stattfinden. Einzelheiten wie eine mögliche Authentifizierung der Studierenden über die Shibboleth-Schnittstelle würden noch geklärt.

Ilija Scherer (LHG)

Fragt, ob die Ergebnisse der Befragung schon veröffentlicht seien, um sie an Fachschaften und andere Gruppen weiterleiten zu können.

Clemens Berger (UG)

Gibt an sich diesbezüglich nicht sicher zu sein. Man könne die Abstimmungsergebnisse aber etwa über die Kanäle des AStA teilen.

Annchristin Paetzold (SDS)

Erklärt, dass dennoch ein großer Teil der Studierenden nicht bereit sei einen höheren Semesterbeitrag zu zahlen. Dies dürfe nicht vergessen werden, insbesondere in Ermangelung demographischer Daten bei der Erhebung. Eine Finanzierung nach dem Solidaritätsprinzip analog zum RMV-Ticket sollte hier sehr kritisch geprüft werden.

Vanessa Wagner (Jusos)

Fragt, ob eine Kooperation mit dem AStA der THM angestrebt würde.

Clemens Berger (UG)

Erklärt, dass bereits andere Flatratesysteme über den Semesterbeitrag bestünden. Aufgrund der geographisch weitläufigen Verteilung seiner Hochschulstandorte und damit seiner Studierendenschaft habe der THM-AStA eine Kooperation abgelehnt.

Paul Glasbrenner (RCDS)

Erkundigt sich, ob die Umsetzung eines Tickets nicht einfacher eingelöst werden könne, etwa durch ein Studiticket am Kinoschalter.

Clemens Berger (UG)

Erklärt, dass diese Idee aufgekommen wäre, jedoch würde es die Kapazitäten der Betreiber sprengen etwa Listen aller Studierenden zu verwalten.

Ksenia Mehovic (SDS)

Gibt zu bedenken, dass ein großer Teil der Studierenden nicht abgestimmt habe. Eine zusätzliche Belastung prekärer Studierender müsse unbedingt vermieden werden. Eine Befreiung von der Erhöhung des Semesterbeitrages wie bei RMV-Ticket sollte vielleicht möglich sein. Die erhobenen Daten müssten mit Vorsicht interpretiert werden.

Nathalie Maurer (Jusos)

Stimmt Annchristin Paetzolds (SDS) und Ksenia Mehovics (SDS) Punkten zu und erkundigt sich, ob es andere Finanzierungsmöglichkeiten gäbe.

Clemens Berger (UG)

Verweist auf die gesellschaftliche Teilhabe, die ein solches Ticket bei einem verhältnismäßig geringem Preis ermöglichen würde hin. Ein weiteres Finanzierungsmodell sei eine pauschale Reduktion des Eintrittsgeldes der Kinos für Studierende, jedoch würde dies ebenfalls nur mit einer Anhebung des Semesterbeitrages möglich werden.

Ilija Scherer (LHG)

Lehnt einen Vergleich von Kinoflatrate und Semesterticket ab. Bei letzterem ginge es um die grundlegende Möglichkeit von Mobilität. Er würde eher einen Vergleich mit der Freibad-Flatrate vorziehen.

Clemens Berger (UG)

Wirft ein, dass die Freibadflatrate jedoch nur über die Sommermonate nutzbar sei.

David Klassen (LHG)

Sieht Kostenargument bei einer voraussichtlichen Beitragserhöhung von 5 Euro eher weniger im Fokus. Fragt, ob es überhaupt im Aufgabenbereich der Studierendenschaft läge ein derartiges Angebot zu schaffen. Die geringe Nutzung des Theatertickets zeige, dass derartige Angebote auch unter Umständen keinen Anklang finden würden.

Maximilian Voigt (UG)

Merkt an, dass eine Wahlmöglichkeit bezüglich der Zahlungen die Kapazitäten der Angestellten des AStA sprengen würde, welche bereits durch die Semesterticket-Rückerstattung ausgelastet seien. Er wisse, dass Statistiken auch Grenzen hätten und leider nicht alle Lebensrealitäten berücksichtigt werden könnten. Man bemühe sich aber alle Eventualitäten zu berücksichtigen.

Maxim Walter (SDS)

Erklärt, dass eine optionale Regelung für Studierende seitens der Betreiber planbar sein könne. Allerdings stimme er dem Punkt seines Vorredners zu.

Clemens Berger (UG)

Erklärt zum Ende, dass es ein seinen Augen definitiv im Aufgabenfeld des AStA liegen würde Studierenden einen niedrighschwelligen Zugang zu Kultur zu bieten und so die studentische Lebensqualität zu erhöhen.

---

Vanessa Wagner (Jusos)

Berichtet von der Senatssitzung am 26.04.2023. Der bisherige Krisenstab würde nun in einen Arbeitsstab für Energie umgewandelt werden. Weiterhin seien 24.500 Studierende zum Sommersemester 2023 eingeschrieben. Zudem wären 526 Studierende, die nicht vor Ort in Gießen studieren würden, immatrikuliert. Das Schloss Rauischholzhausen als Tagungsstätte der JLU würde saniert und wohl verkauft bzw. privatisiert werden. Weiterhin würde die JLU von Hessen bis zu 9,9 Mio. Euro an Zuschüssen erhalten, laut der Kanzlerin hätte die JLU allerdings auch die schlechteste Bausubstanz in Hessen,

Henning Tauche

Ergänzt Details zur Sanierung des Schlosses in Rauischholzhausen.

Nathalie Maurer (Jusos)

Erläutert man könne derzeit weiterhin Buchungen in Rauischholzhausen tätigen, aber die Preise seien enorm angestiegen. Kritisiert, dass dies das einzige Tagungszentrum der JLU sei und regt an andere Zentren zu finden. Die Preisliste würde wohl im Oktober wohl erneut aktualisiert werden.

---

Alice Volpe (UG)

Ergänzt, dass sie noch nicht sicher sei welche Parlamentssitzung im Rahmen der Dokumentation gefilmt werden würde. Es müsse nicht zwangsläufig die nächste Sitzung sein; in jedem Fall würden die Parlamentarier:innen im Vorfeld rechtzeitig informiert werden.

---

Clemens Berger (UG)

Berichtet aus dem DSL-Referat. Die in der letzten Sitzung thematisierte Readingweek würde in der vorletzten oder letzten Novemberwoche stattfinden. Man würde hierbei noch auf die offizielle Bestätigung seitens Herrn Berls warten. Danach würde man sich an die FSK wenden.

Berichtet weiterhin aus dem Kulturreferat. Das Stadtohnemeer-festival bekäme wieder einen AStA-Stand, dafür seien Stühle bestellt worden, die Anschaffung eines Pavillons stehe ebenfalls in Aussicht.

### ***TOP 11) Fragen an aktuelle und ehemalige Amtsträger:innen***

Es wurden keine Fragen gestellt oder eingereicht.

### ***TOP 12) Verschiedenes***

Ksenia Mehovic (SDS)

Fragt warum die anwesenden Mitglieder der LHG während der laufenden Sitzung eine aus ihrer Sicht polemische Instagramstory gepostet hätten; insbesondere nach zuletzt versöhnlichen Tönen während der Debatte.

Luca Sesterhenn (LHG)

Ordnet den Post als aus seiner Sicht unbedenklich ein.

Ksenia Mehovic (SDS)

Hinterfragt ob dies der richtige Weg sei mit der zuvor adressierten Kritik umzugehen.

---

Mira Gerber (UG)

Erklärt, dass die nächste Sitzung des Studierendenparlamentes am

#### **Donnerstag, den 15.6.2023**

stattfinden wird.

Dankt weiterhin dem 1. Vizepräsidenten für die momentane gleichzeitige Wahrnehmung der Aufgaben beider Vizepräsidenten.

### **Für das Präsidium des 61. Studierendenparlamentes**

**Michael Siebert, 1. Vizepräsident, Gießen, den 15. Mai 2023.**

---

Studierendenparlament der JLU  
Otto-Behagel-Straße 25D  
35394 Gießen  
stupa@uni-giessen.de

Gießen, den 03.05.2023

**Arbeits- und Teambuilding-Fahrt des Medinetz Gießen e.V.**

Liebe Mitglieder:innen des Studierendenparlaments,

das Medinetz Gießen setzt sich für Menschen ein, die keinen ausreichenden Zugang zum Gesundheitssystem haben. Betroffen sind häufig Personen die unter Marginalisierung, Armut und struktureller Diskriminierung leiden.

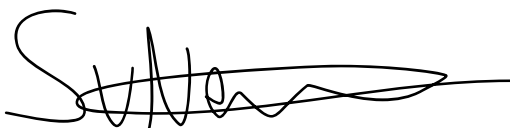
Zum einen vermitteln wir Menschen ohne Krankenversicherung an mit uns kooperierende Ärztinnen und Ärzte, sodass diese eine medizinische Versorgung erhalten. Des Weiteren setzen wir uns auf politischer Ebene für die Einführung eines anonymen Behandlungsscheins in Hessen, sowie die Etablierung von Clearingstellen ein und fordern eine anonyme medizinische Versorgung unabhängig von ehrenamtlichem Engagement und Spendenbereitschaft.

Einmal pro Semester planen wir ein Retreat. Hierbei widmen wir uns Themen, für welche wir während unseren wöchentlichen Treffen keine Zeit finden, bspw. der Planung von kommenden Veranstaltungen, der politischen Arbeit oder dem Überarbeiten und Erstellen von Leitfäden. Dieses Semester möchten wir mit einer Gruppe von 15 Personen vom 24.06. auf den 25.06. in eine Jugendherberge im hessischen Lauterbach fahren. Um die Gruppendynamik zu fördern und ausreichend Zeit zu haben, übernachten wir etwas außerhalb Gießens. Fahrtkosten werden nicht anfallen, da wir mit dem Semesterticket reisen können.

**Das Gesamtvolumen des Antrags der Arbeits- und Teambuilding-Fahrt des Medinetz Gießen beläuft sich auf 903 € (siehe Anlage).**

Wir hoffen, dass Ihr unsere Arbeit mit einem positiven Votum unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen



Sophia von Nasse, Vorsitzende Medinetz Gießen e.V.



Abs.: Jugendherberge Lauterbach, Fritz-Ebel-Allee 50, 36341 Lauterbach

Medinetz Giessen  
XXX  
XXX XX

Tel.: 06641 2181  
E-Mail: jh-lauterbach@jugendherberge.de  
www.lauterbach.jugendherberge.de

**Vorgangsnummer: 6616/026**  
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

**Vertragsangebot für Ihren Aufenthalt**

Lauterbach, 17.04.23

Sehr geehrte Damen und Herren,  
hiermit unterbreiten wir Ihnen folgendes Reisevertragsangebot in der Jugendherberge Lauterbach

**15 Personen      24.06.23 bis 25.06.23      Nächte: 1      Vollverpflegung Mittagessen**

**Leistungen:**

Nächte	Anzahl	Gesamt	Leistungen	Einzelpreis in €	Rabatt	Gesamtpreis in €
1	15	15	GZ VP Du/WC	46,50		697,50
	15	15	Zuschlag 1 Übernachtung	6,00		90,00
	1	1	Tagesraum bis 20 Personen	45,00		45,00
	1	1	Tagesraum Vorbereitung	22,50		22,50
	1	1	Beamer Tag	30,00		30,00
	15	15	Stockbrot	1,20		18,00

**Gesamtpreis der angemeldeten Leistungen: 903,00**

**Sondereinbarung Flexrate für Gruppen:**

Abweichend von unseren AGB räumen wir Ihnen mit der gebuchten Flexrate bei Reisen bis zum 31.12.2024 ein kostenfreies Sonderkündigungsrecht bis 28 Tage vor Anreise ein.

Die Kündigung muss in dem Fall schriftlich / per E-Mail bis 28 Tage vor Anreise bei uns eingehen.

Eine kostenfreie Stornierung bis zum Anreisetag ist in folgenden Corona bedingten Fällen möglich:

- bei nachweislich behördlichen Auflagen am Ziel- oder Heimatort, die die Durchführung Ihrer Veranstaltung untersagen
- bei nachweislich an SARS-CoV-2 erkrankten Einzelpersonen ist eine kostenfreie Reduzierung der Teilnehmerzahl möglich

**Bezahlung:**

Der Gesamtpreis wird nach Beendigung der Leistungserbringung bei Abreise fällig.

Wir bitten um unbare Bezahlung beim Check-Out (Visa, Mastercard und EC-Zahlung möglich) oder per Überweisung innerhalb von sieben Tagen nach Abreise.

Studierendenparlament der JLU  
Otto-Behaghel-Str. 25 D  
35394 Gießen

Vorab per E-Mail

## STUDIERENDENSCHAFT DER JLU

### Allgemeiner Studierendenausschuss

Autonomes Hilfskräftereferat

Referent\*in: Tobias Hoffmann, Niklas Beick

Jürgen-Dietz-Haus  
Otto-Behaghel-Straße 25 D  
35394 Gießen

Telefon: 0641 99 14800

Fax: 0641 99-14799

USt-IdNr.: DE345544412

E-Mail: shk@asta-giessen.de

Gießen, 2. Mai 2023

## Antrag: Gemeinsame Resolution des AStA und StuPa zum Hilfskräfterrat der Justus-Liebig-Universität Gießen

---

### A. Antragstext:

Das Studierendenparlament der Justus-Liebig-Universität möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Justus-Liebig-Universität beschließt die angehängte Resolution zur Wahlordnung des Hilfskräfterrates und zur Satzung zur Regelung der Aufwandsentschädigung der Mitglieder im Hilfskräfterrat und der Kosten der Hilfskräfterratsarbeit, die in der Sitzung des Allgemeinen Studierendenausschusses vom 02.05.2023 beschlossen wurde. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung liegt im Ermessen der Referent\*innen des Autonomen Hilfskräftereferats und der studentischen Mitglieder im Senat.

### B. Begründung:

Ergibt sich aus dem Resolutionstext und erfolgt mündlich.

### C. Anhang:

An der Justus-Liebig-Universität Gießen arbeiteten zuletzt knapp 2000 studentische Hilfskräfte. Sie stellen damit eine der größten und die am schnellsten wachsende Beschäftigtengruppe an der Universität dar. Studentische Hilfskräfte werden in zahlreichen Bereichen der Universität und vielfältigen Aufgabenfelder beschäftigt und unterstützen im Rahmen sogenannter wissenschaftlicher Hilfstätigkeiten Institute und Professuren in Forschung und Lehre. Sie führen beispielsweise Tutorien durch und helfen in der Lehre, Lehrveranstaltungen vorzubereiten, durchzuführen und nachzubereiten. Aber auch in der Forschung sind sie unter anderem durch das Lektorat von wissenschaftlichen Texten, die Durchführung von Experimenten oder auch die Beschaffung von Literatur

unerlässlich. Und obwohl es nicht der Förderung der eigenen wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifizierung dient, werden studentische Hilfskräfte in den Bibliotheken, im Hochschulrechenzentrum und den Sekretariaten vermehrt auch für technisch-administrative Aufgaben eingesetzt.

Studentische Hilfskräfte sind also aufgrund ihrer vielfältigen Aufgaben unverzichtbar für den universitären Betrieb. Jedoch werden sie bisher nicht als Beschäftigte im eigentlichen Sinne verstanden, sondern in den Haushalten der Universität als Sachmittel verbucht und damit von einer ordentlichen Personalvertretung ausgeschlossen. Dieser Umstand erweist sich insbesondere deshalb als problematisch, da die Arbeitnehmer\*innenrechte studentischer Hilfskräfte regelmäßig missachtet werden und sich außerdem nur knapp ein Drittel der Hilfskräfte gut über die eigenen Rechte informiert fühlt. Besonders deutlich wird dies beispielsweise anhand der Tatsache, dass in Hessen knapp 65 Prozent der Hilfskräfte ihren Urlaubsanspruch nicht vollständig wahrnehmen, während etwa 33 Prozent ihre Krankheitstage nacharbeiten. Zudem machen bundesweit fast 40 Prozent der studentischen Hilfskräfte unbezahlte Überstunden und circa 10 bis 25 Prozent leisten unbezahlte Arbeit über die offiziell vereinbarte Vertragslaufzeit hinaus. Aufgrund der kurzen Vertragslaufzeiten von oftmals wenigen Monaten und der Angst, nicht weiterbeschäftigt zu werden, trauen sich jedoch viele Hilfskräfte nicht, diese Umstände zu kritisieren und ihre Arbeitnehmer\*innenrechte einzufordern. Hinzu kommt, dass der Personalrat der Universität aufgrund des fehlenden Beschäftigtenstatus bisher nicht für die Belange studentischer Hilfskräfte zuständig war. Die Studierendenschaft der Justus-Liebig-Universität hat dieses Problem bereits vor einigen Jahren erkannt und deshalb ein autonomes Referat geschaffen, welches die Interessen studentischer Hilfskräfte vertreten soll. Dieses Referat kann aber nicht mehr als eine Interessenvertretung innerhalb der Studierendenschaft sein, da es den Organen der Studierendenschaft am notwendigen personalvertretungsrechtlichen Instrumentarium fehlt und somit keine Alternative zu einer echten Personalvertretung darstellt.

Jetzt hat auch der Gesetzgeber erkannt, dass diese Zustände nicht länger tragbar sind und dringender Handlungsbedarf besteht, weshalb die Novellierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) einen Hilfskräfterat als Ergänzung zum Personalrat vorsieht. An der Justus-Liebig-Universität wird dieser aus sieben Mitgliedern bestehen, von denen zwei an den Sitzungen des Personalrats mit Rederecht teilnehmen können, wobei sie in allen Angelegenheiten, die studentische Hilfskräfte betreffen, Antrags- und Stimmrecht besitzen. Zwar entspricht diese Lösung nicht einem vollwertigen studentischen Personalrat wie in Berlin, mit der Novellierung des HPVG im Sinne des Thüringer Modells des Assistenzrates zieht Hessen jetzt aber nach und sieht die Verantwortung für die Regelung entsprechender Wahlordnungen bei den Hochschulen.

Vor diesem Hintergrund wurde von Seiten der Studierendenschaft nach Gesprächen mit Mitgliedern des Erfurter Assistenzrates eine mögliche Wahlordnung formuliert, die sich an bestehenden Thüringer Wahlordnungen orientiert und von den studentischen Mitgliedern im Senat der Justus-Liebig-Universität in der ersten Senatssitzung des Sommersemesters 2023 eingebracht wurde. In seiner rechtlichen Einordnung kritisierte das Präsidium die Wahlordnung und die beigefügte Satzung zur Regelung der Aufwandsentschädigung der Mitglieder im Hilfskräfterat und der Kosten der Hilfskräfteratsarbeit und möchte jetzt eine eigene Wahlordnung vorschlagen, die sich am Entwurf der studentischen Mitglieder im Senat orientieren soll.

Der Allgemeine Studierendenausschuss und das Studierendenparlament der Justus-Liebig-Universität unterstützen die Forderung der studentischen Hilfskräfte nach einer tatsächlich funktionierenden Interessenvertretung gegenüber der Universität als Arbeitgeberin und fordern Präsidium und

Senat entsprechend ihrer Zuständigkeiten auf, bei der Erarbeitung und Abstimmung einer neuen Wahlordnung samt ergänzender Satzungen folgende Punkte umzusetzen:

1. Ankoppelung der Hilfskräfteratswahlen an die jährlich stattfindenden universitären Gremienwahlen der Studierenden und das in elektronischer Form, um größtmögliche Repräsentation und die daraus folgende demokratische Legitimation zu gewährleisten.
2. Durchführung einer Vollversammlung der studentischen Hilfskräfte im Vorfeld der Wahl zum Hilfskräfterat, die in Anlehnung an Personalversammlungen unter anderem als Plattform zur Meinungsbildung gedacht ist und der Entwicklung von Wahlvorschlägen dienen kann.
3. Beginn der Amtszeit zum Ersten des Folgemonats nach der Wahl des Hilfskräfterats in Anlehnung an den Beginn der Amtszeit der hessischen Personalräte.
4. Die Ermöglichung eines Nachrückverfahrens über eine Liste, die Möglichkeit Ergänzungswahlen durchzuführen, sollte der Hilfskräfterat nicht voll besetzt sein sowie die Durchführung von Nachwahlen, sollte das letzte Mitglied des Hilfskräfterats ausscheiden und die Kontinuität der Interessenvertretung damit gefährdet sein.
5. Da eine Freistellung, wie sie für Personalratsmitglieder üblich ist, für Hilfskräfte aufgrund ihres geringen monatlichen Stundenumfangs nicht praktikabel wäre und auch die Professuren und Institute durch zusätzliche Einstellungen oder Stundenaufstockungen mehrbelasten würde, muss eine angemessene monatliche Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Hilfskräfterats und die Übernahme der Kosten, die durch die Arbeit des Hilfskräfterats entstehen, durch die Universität gewährleistet werden.

Darüber hinaus fordern der Allgemeine Studierendenausschuss und das Studierendenparlament der Justus-Liebig-Universität das Präsidium und den Senat auf, die Forderung studentischer Hilfskräfte nach einer Personalvertretung in Form eines vollwertigen studentischen Personalrats in zukünftigen Novellierungsprozessen des HPVG gegenüber dem Gesetzgeber öffentlich zu unterstützen.



Fachschaft PRIM • Heinrich-Buff-Ring 16 • 35392 Gießen

Fachschaft Physik, Raumfahrt,  
Informatik und Mathematik  
Heinrich-Buff-Ring 16  
35392 Gießen

Präsidium des Studierendenparlaments  
c/o AStA der Justus-Liebig-Universität Gießen  
Otto-Behaghel-Straße 25 D  
35394 Gießen

E-Mail: [fachschaft-prim@fb07.uni-giessen.de](mailto:fachschaft-prim@fb07.uni-giessen.de)

Gießen, 2. Mai 2023

## Antrag an das Studierendenparlament

### Fachschaftsklausurtagung in Schenklengsfeld

Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments,

die Fachschaft Physik, Raumfahrt, Informatik und Mathematik beantragt die Finanzierung ihrer Fachschaftsklausurfahrt nach Schenklengsfeld für 11 Personen (inklusive der entstehenden Fahrtkosten) gemäß der Reisekostenordnung der Studierendenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen vom 23.6. bis zum 25.6.23.

Bereits im vergangenen Semester haben wir eine eintägige Fachschaftsklausurtagung abgehalten. Dabei haben wir auch größere Projekte begonnen, die nicht in unserem Tagesgeschäft unterzukriegen sind. Um diese fertigzustellen sowie weitere anzugehen, würden wir gerne dieses Semester eine längere Zeit tagen.

Eine Tagung außerhalb würde zusätzlich auch den Mehrwert einer Teambuildingmaßnahme mitbringen, da man quasi 48 Stunden zusammen unter einem Dach hockt. Dadurch arbeitet man auch viel produktiver.

Finanziert wird dieser Antrag durch Mittel der Fachschaften. Da unsere Personenanzahl die Zahl neun übersteigt, muss dieser Antrag durch das Studierendenparlament genehmigt werden.

Wir hoffen, dass ihr unsere Arbeit mit einem positiven Votum unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen,

Fachschaft Physik, Raumfahrt, Informatik und Mathematik

AStA der JLU  
Otto-Behaghel-Str. 25 D  
35394 Gießen

**Allgemeiner Studierendenausschuss**

Referat für Verkehr und Infrastruktur

Referent: Oliver Jenschke

Jürgen-Dietz-Haus  
Otto-Behaghel-Straße 25 D  
35394 Gießen

Telefon: 0641 99 14800

Fax: 0641 99-14799

E-Mail: [verkehr@asta-giessen.de](mailto:verkehr@asta-giessen.de)

Gießen, 4. Mai 2023

## Antrag zur Übernahme des Ergänzungsvertrags des RMV

---

Liebe Mitglieder des Studierendenparlaments,

hiermit beantrage ich den unten angehängten Ergänzungsvertrag vom RMV anzunehmen.

Begründung der Dringlichkeit: Leider kam es von Seite der Mobilitätsanbieter zu erheblichen Verzögerungen bei der Bereitstellung einer Lösung, wie Studierende ihr Semesterticket auf ein Deutschlandticket upgraden können. Damit jetzt trotzdem so schnell wie möglich das Upgrade angeboten werden kann, muss dringlichst ein Ergänzungsvertrag mit dem RMV vereinbart werden.

Inhaltliche Begründung: Der Ergänzungsvertrag ist nötig, um eine zeitige Implementierung des Deutschlandtickets als Upgrade zum Semesterticket zu ermöglichen. Hierzu übermittelt die Uni dem RMV Daten über die Studierendenschaft, damit auf Seiten des RMV geprüft werden kann, wer zum Kauf des D-Tickets berechtigt ist. Dieses wird dann als digitales Ticket angeboten. Weitere Details zur Umsetzung und Bepreisung können dem beigelegten Vertrag entnommen werden (nicht öffentlich).

Viele Grüße

Oliver Jenschke



**Wahlausschuss der  
Studierendenschaft der Justus-  
Liebig-Universität Gießen**

Otto-Behaghel-Straße 25 D, 35394

Gießen [\[verw.uni-giessen.de\]\(http://verw.uni-giessen.de\)](mailto:Wahlausschuss@stud-</a></p></div><div data-bbox=)

**An**

Studierendenparlament der Justus-Liebig-  
Universität z.Hd. Präsidium des  
Studierendenparlaments  
Otto-Behaghel-Str. 25 D  
35394 Gießen

Gießen, den 08.05.2023

**Eilantrag zu Listenbudgets für den Wahlkampf des Studierendenparlaments**

Sehr geehrtes Studierendenparlament,  
ich bitte um die Genehmigung von Listenbudgets für den Wahlkampf des Studierendenparlaments. Berechtigt sein sollen Listen, die für das Studierendenparlament kandidieren und deren Kandidatur durch den Wahlausschuss zugelassen wurde. Die Listenbudgets sollen einen Umfang von maximal 2000 € als Gesamtbetrag haben, davon maximal 250 € je kandidierende Liste. Das Geld soll aus dem Budget des Wahlausschusses kommen. Sollten in einer Wahl mehr als 8 Listen kandidieren, wird der Maximalbetrag pro Liste gleichmäßig als Anteil des Gesamtbetrags berechnet (Gesamtbetrag von 2000 € geteilt durch Anzahl der Listen) oder der Wahlausschuss kann ggf. eine Erhöhung des Gesamtbetrags beantragen. Mit den Listenbudgets sollen die kandidierenden Stupa- Listen Ausgaben für den Wahlkampf (z.B. Plakate, Flyer, Kugelschreiber etc.) vom Wahlausschuss erstattet bekommen. Es sollen nur tatsächlich entstandene Ausgaben erstattet werden. Dazu sollen die Ausgaben im unten definierten Zeitraum mit einem entsprechenden Nachweis beim Wahlausschuss eingereicht werden. Dieser prüft die Einreichungen und leitet eine entsprechende Erstattung durch das Finanzreferat ein. Eine Auszahlung des Betrags ohne Nachweis von Ausgaben ist ausgeschlossen. Wenn Zweifel über den Zusammenhang mit der Wahl bestehen, entscheidet der Wahlausschuss.

Der Zeitraum für erstattbare Ausgaben soll ab Zulassung des Listenvorschlags durch den Wahlausschuss bis zum Ende der Wahlzeit liegen. Dieses Jahr entspricht das dem 15.05.2023 bis 29.06.2023 Ansprüche können bis 14 Tage nach Ende der Wahlzeit geltend gemacht werden.

Da der Stupa-Antrag nach Zulassung der Listenvorschläge in diesem Jahr geschieht, sollen dieses Jahr auch rückwirkend Ansprüche geltend gemacht werden können (Listenausgaben für den Wahlkampf ab dem 15.05.2023).

**Begründung der Dringlichkeit:**

Die diesjährigen Hochschulwahlen beginnen am 12.06.2023, also in etwa 3 Wochen. Die Grundlage für in der Vergangenheit bereits durch den Wahlausschuss erstattete Wahlkampfausgaben bildet der Stupa Beschluss vom 01.06.2022. Wenn die zum Stupa kandidierenden Listen die Listengelder bei der Planung ihres Wahlkampfes berücksichtigen wollen, muss dieser Antrag in der 7. Sitzung des Studierendenparlaments der 61. Legislatur (Donnerstag, 11.05.2023) beschlossen werden. In der darauffolgenden 8. Sitzung (Donnerstag, 15.06.2023) wird die Wahl zur 61. Legislatur bereits beinahe abgeschlossen sein.



### **Begründung des Antrags:**

In der Vergangenheit wurden seit 2019 Listenbudgets ausgegeben. Seit letztem Jahr gibt es einen offiziellen Beschluss des Stupa, um die Listenbudgets zur Wahlwerbung auszuführen. Ein aktueller Beschluss durch das Stupa schafft hier Klarheit. Das Budget des Wahlausschusses gibt die 2000€ her, in diesem Jahr würde es auch nur um maximal 1500€ gehen, weil 6 Stupa-Listen zur Wahl stehen.

Zur Klärung der Zuständigkeit:

Es gehört zu den Aufgaben des Wahlausschusses die Wahlen und die Wahlvorschläge bekannt zu machen. Dies geschieht traditionell durch die Wahlbekanntmachung, die Veröffentlichung von Kandidaturlisten, die Wahldebatte und die Wahlzeitung. Bei den oben genannten Maßnahmen wird den kandidierenden Listen die Möglichkeit gegeben, sich auf einer vom Wahlausschuss gewährten Basis zu präsentieren. Die Listenbudgets sind eine Fortführung des oben genannten Prinzips, da auch hier allen kandidierenden Listen dieselben Mittel bereitgestellt werden.

### **Auszug aus §13 der Wahlordnung der Studierendenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen:**

#### **§ 13 Aufgaben des Wahlausschusses**

*(1) Zu den Aufgaben des Wahlausschusses gehören insbesondere:*

- *die Bekanntmachung der Wahlen,*
- *die Prüfung und Zulassung der Wahlvorschläge sowie der einzelnen Kandidaturen.*
- *Bekanntmachung der Wahlvorschläge;*

*(...)*

Der gestellte Antrag geschieht in Absprache mit Katrin Amling vom Wahlamt der JLU sowie mit Gabi Nuhn vom AStA-Büro. Letztere sprach sich, so wie der Wahlausschuss, ausdrücklich für einen Beschluss hierzu aus, da auch ihr die Grundlage der in der Vergangenheit erfolgten Erstattungen unklar sind. So kann verhindert werden, dass Zahlungen erfolgen, die keine rechtliche Grundlage haben.

Ich bitte um die Annahme des

Antrags! Mit freundlichen Grüßen

Winnie Rottenbacher  
Vorsitzende des studentischen Wahlausschusses

---

Für Rückfragen: [Wahlausschuss@stud-verw.uni-giessen.de](mailto:Wahlausschuss@stud-verw.uni-giessen.de)



Studierendenparlament der JLU

Otto-Behagel-Str. 25 D

35394 Gießen

-per mail-

stupa@uni-giessen.de

Gießen, 05.05.2023

### **Antrag auf Finanzielle Förderung des Projekts „Hochschultage“**

#### **Antragstext:**

Hiermit beantragen wir einen Betrag von 400,00€ zur Unterstützung der Projektwoche „Hochschultage“, sowie die Möglichkeit, über AStA-Kanäle für unser Projekt zu werben.

#### **Vorstellung Projekt**

Wir, ein Team der Hochschulgruppen Campus connect und SMD, werden dieses Semester „Hochschultage“ durchführen. Während der Aktionswoche vom 19. bis 23. Juni, die unter dem Titel „fragwürdig“ steht, wollen wir mit unseren Kommilitonen ins Gespräch kommen. Dazu gibt es vor- und nachmittags verschiedene kreative Aktionen.

Mittags wollen wir im Format „Lunch&Talk“ Mittagessen bei Vorträgen und Fragerunden anbieten. Dies findet in Kooperation mit der Mensa OBS statt. An drei Abenden wird jeweils ein Hörsaalvortrag am Phil I stattfinden. Zusätzlich organisieren wir am Montagabend ein International Dinner, bei dem es neben leckerem Essen auch einen Vortrag auf Englisch geben wird.

#### **Budgetplanung**

Ausgaben:

Hörsaalvorträge (Referenten, Snacks, International Dinner)	1020,00€
Lunch&Talk (Essensmarken)	1500,00€
Aktionsstände und Werbung (Materialkosten, Flyer, Sticker, weiteres Werbematerial)	400,00€
<b>Gesamtkosten</b>	<b>2920,00€</b>

Finanziert wird die Projektwoche hauptsächlich durch Spenden.

Über eine Unterstützung von Seiten des Studierendenparlaments und des AStAs würden wir uns sehr freuen!

Für das Orga-Team der HST2023

Jonathan Baral und Lilien Jakob

An das Studierendenparlament der JLU

Per Mail



### **Verurteilung und Distanzierung von den Äußerungen von Jan-Lukas Gescher auf Twitter**

Das Studierendenparlament möge beschließen, die vom ehemaligen Parlamentarier und aktuellem Mitglied des Ältestenrates Jan-Lukas Gescher auf dem **Kurz**nachrichtendienst Twitter getätigten Äußerungen zu verurteilen und sich davon zu distanzieren.

Begründung:

Am 16. April 2023 wurde auf Twitter von Jan-Lukas Gescher ein mehrteiliger Post verfasst, **diese** wurden mit dem Titel „Hochschulpolitische Landschaft einfach erklärt!“ versehen. Es folgten „Erklärungen“, wofür welche Listen stehen und wie sie zu arbeiten pflegen. Was über Juso-HSG und RCDS hier verfasst wurde, kann mit viel Wohlwollen noch als Schmähkritik bezeichnet werden, während die LHG natürlich eine sehr positive Beurteilung erhält.

Jedoch sprengen die Kommentare über die Listen SDS und UniGrün die Grenzen des guten Geschmacks und entlarven das Demokratieverständnis des Verfassers. Mitglieder des SDS gelten hier als „Taugenichtse“, würden sich selbst mit den Mitteln der Studierendenschaft bereichern und hätten kein Interesse, im Sinne der Studierenden zu handeln.

Aktive bei UniGrün gehen laut Herrn Gescher in ihrer Freizeit dem „Primaten Dasein“ nach und seien an „Körperbehaarung und Geruch“ erkennbar, so Herr Gescher. Weiterhin fehle Mitgliedern von UniGrün das „Gefühl für Politik“ und man sei „Stiefellecker des SDS“.

UniGrün ist schockiert, jedoch nicht überrascht, über die Äußerungen von Jan-Lukas Gescher. Die öffentliche Diffamierung von Hochschullisten kann nie Teil des politischen Diskurses und der Demokratie sein. Weiterhin ist es nicht die erste verbale Entgleisung von Amtsträger\*innen der LHG. Jan-Lukas Gescher ist als Mitglied des Ältestenrates des Studierendenparlaments zu politischer Neutralität aufgerufen und trägt besondere Verantwortung gegenüber dem Studierendenparlament. Dieser Rolle wird er nicht gerecht.

UniGrün fordert die Liberale Hochschulgruppe auf, Jan-Lukas Gescher aus dem Ältestenrat abzuberufen und eine Person zu benennen, welche ihrer Verantwortung besser gewachsen ist.

Maximilian Voigt für UniGrün

Quelle:

<https://twitter.com/liberalistmuss/status/1647563868615368704>